

# **Fünf Thesen zur Anhörung des Ausschusses für Inneres und Heimat zum Thema „politischer Islamismus“ am 19. September 2022**

**Dr. Guido Steinberg, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin**

Deutscher Bundestag  
Ausschuss für Inneres und Heimat

Ausschussdrucksache  
**20(4)103 E**

## **1. Politischer und militanter Islamismus sind ein und dasselbe Phänomen**

Als Islamismus wird in der Regel eine Strömung im Islam beschrieben, die auf die Gründung von „islamischen Staaten“ auf der Grundlage einer islamistischen Interpretation des „islamischen Rechts“ abzielt.<sup>1</sup> Zu diesem Zweck wählen die Vertreter der Hauptströmungen des Islamismus unterschiedliche Vorgehensweisen, die sie pragmatisch den jeweiligen Gegebenheiten anpassen und die vom Aufbau politischer Parteien und der Teilnahme an Wahlen (z.B. Muslimbruderschaft in Ägypten 2011/2012) bis zur Anwendung von Gewalt in unterschiedlichen Formen ( Hamas in Israel und den palästinensischen Gebieten seit 1987), reicht. Eine strikte Trennung zwischen „politischen“ oder „legalistischen“ Islamisten (z.B. Muslimbruderschaft) und militanten Islamisten (z.B. Hamas, Teile der syrischen Muslimbruderschaft) mag zwar praktisch scheinen, spiegelt aber nicht die Realität wider, in der auch die Muslimbruderschaft in ihren verschiedenen Ausprägungen zur Gewalt greift, wenn ihr dies opportun erscheint. Die nichtmilitanten Teile der Bewegung zeigen in diesen Fällen in der Regel große Sympathie für den bewaffneten Kampf (*Jihad*) in Israel/Palästina und anderswo und unterstützen die militanten Gruppen dort.

## **2. Sunnitische und schiitische Islamisten müssen getrennt bekämpft werden**

Sunnitische und schiitische Islamisten unterscheiden sich trotz prinzipieller Übereinstimmungen in Theorie und Praxis so stark voneinander, dass eine getrennte Bearbeitung der Phänomene geboten ist. Sunnitische Islamisten stellen in Deutschland vor allem ein politisches Problem dar, weil sie einen Diskurs verbreiten, der islamistische Vorstellungen als Elemente eines einzig wahren Islam präsentiert und unter Muslimen in den letzten Jahrzehnten viel Anklang findet. Außerdem vertreten sie eine antiwestliche, antisemitische und autoritäre Weltanschauung, die ein wichtiges Integrationshindernis darstellt. Schiitische Islamisten hingegen

---

<sup>1</sup> Die Bezeichnung „politischer Islamismus“ ist irreführend, weil sie suggeriert, dass es einen unpolitischen Islamismus geben könne. Der bei den (Juristen der?) Sicherheitsbehörden beliebte Begriff des „legalistischen Islamismus“ mag für die Praxis besser geeignet sein, verdeckt aber die ideologische und oft auch politische Zusammengehörigkeit von nicht-militanten (z.B. ägyptische Muslimbruderschaft) und militanten Islamisten (z.B. palästinensische Hamas und syrische Muslimbruderschaft seit 2011).

sind oft ein Sicherheitsproblem, weil sie in Abhängigkeit von der Islamischen Republik Iran, der libanesischen Hisbollah und anderen islamistischen Organisationen operieren. Moscheen und Kulturzentren fungieren als nachrichtendienstliche Einrichtungen, die im Konfliktfall zwischen Iran und seinen Gegnern auch als Ausgangspunkte für Anschlagplanungen in Europa genutzt werden können. Kurz: Die Muslimbrüder sind ein Problem für die Politik, schiitische Islamisten hingegen eines für Gegenspionage und Terrorismusbekämpfung.

### **3. Jegliche religionspolitische Einflussnahme aus dem nahöstlichen Ausland sollte unterbunden werden**

Infolge des Arabischen Frühlings 2011 entbrannte ein Konflikt zwischen den staatlichen Unterstützern der Muslimbruderschaft und ihren Gegnern, der bis heute anhält. Die Islamisten in Syrien, Libyen, Ägypten, Tunesien und andernorts wurden von der Türkei und Katar unterstützt. Die Kräfte der Gegenrevolution wurden von Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten angeführt, die die Islamisten entschlossen bekämpften. Obwohl die Gegner der Muslimbruderschaft nach dem Militärputsch in Ägypten 2013 die Oberhand behielten, mündete der Konflikt in den Jahren 2017 bis 2021 in einen kleinen regionalen Kalten Krieg. Obwohl die Spannungen etwas abgenommen haben, setzen Ankara und Doha weiter auf die Unterstützung der Muslimbruderschaft im Nahen Osten und der westlichen Welt. Riad, Abu Dhabi und Kairo suchen dagegen weltweit nach Verbündeten in ihrem Kampf gegen die Muslimbruderschaft und haben zu einem Stimmungsumschwung in Europa beigetragen, wo die Islamisten kritischer gesehen werden als noch vor Jahren. Dabei wird oft übersehen, dass auch Saudi-Arabien versucht, religionspolitisch Einfluss zu nehmen und Salafisten (und damit eine Spielart des Islamismus) zu fördern. Eine solche Einflussnahme aller nahöstlichen Staaten sollte unterbunden werden.

### **4. Die deutsche Politik reagiert ohne übergreifendes Konzept**

Das Islamismusproblem ist seit den 1990er Jahren bekannt und nimmt an Bedeutung zu, da viele der im letzten Jahrzehnt eingereisten Flüchtlinge aus Gegenden (vor allem in Syrien und im Irak) stammen, in denen (sunnitischer) Islamismus weit verbreitet ist. Der Rekrutierungspool der Islamisten hat sich deshalb stark vergrößert. Die deutsche Politik reagiert bisher nur mit vereinzelt und teils wenig wirksamen Maßnahmen, die sich vor allem auf militante Islamisten konzentrieren. Erstens setzte die Bundesregierung mehr als ein Dutzend syrische Organisationen auf ihre (nicht öffentlich abrufbare) Terrorismusliste, von denen mehrere aus

dem Umfeld der Muslimbruderschaft stammen.<sup>2</sup> Zweitens belegte sie die schiitische Hisbollah mit einem Betätigungsverbot und erteilte die Ermächtigung für eine Verfolgung der Gruppe als terroristische Organisation. Weitergehende Maßnahmen gegen Islamisten und ihre Finanzierung durch ausländische Mächte stehen seit langer Zeit aus. Ein Grund könnte die oft strikte Trennung in Innen- und Außenpolitik in Regierung, Bürokratie und Politikberatung sein. Innenpolitiker stehen den Islamisten und ihren staatlichen Financiers häufig sehr viel kritischer gegenüber als Außenpolitiker.

## **5. Es braucht eine neue Strategie**

Das übergeordnete Ziel einer Strategie zum Umgang mit Islamisten sollte es sein, den religiösen Extremisten die Verbreitung ihres Gedankenguts so schwer wie möglich zu machen. Hierzu gehören erstens weitergehende Maßnahmen gegen schiitische Islamisten in Deutschland. Das Verbot der Hisbollah war ein erster richtiger und längst überfälliger Schritt, doch sollte die Sanktionierung weiterer Gruppen wie vor allem schiitischer Milizen aus dem Irak (z.B. Badr-Organisation und Asaib Ahl al-Haqq) folgen. Die Beobachtung der schiitischen Islamistenszene sollte intensiviert und die Aktivitäten ihrer Vertreter soweit irgend möglich unterbunden werden. Bei den sunnitischen Islamisten wäre der wichtigste erste Schritt, die religionspolitische Zusammenarbeit mit ihnen zu beenden.

Zu einer zielführenden Islamismusstrategie gehört darüber hinaus, die teils großen Lücken in der Bekämpfung islamistischer Terroristen zu identifizieren – die den unmittelbar wichtigsten Bestandteil jeder Islamismuspolitik darstellt. Deutschland hat weite Teile seiner Terrorismusbekämpfung an die USA ausgelagert, die mit ihrer Intervention gegen den IS im Irak und Syrien seit 2014 maßgeblich dazu beigetragen haben, dass sich die Sicherheitslage in Deutschland stark verbessert hat. Die Unterstützung durch FBI, CIA und NSA sollte angesichts der zurückliegenden Spannungen zwischen den Regierungen Merkel und Trump nicht für gottgegeben gehalten werden. Deutschland sollte vielmehr alles tun, um sich auch künftig der Hilfe Washingtons gegen islamistische Terroristen zu versichern, indem es selbst Beiträge leistet. In einem ersten Schritt sollte Deutschland auf den seit 2017 wiederholt geäußerten Wunsch Washingtons eingehen und seine Staatsbürger in syrisch-kurdischer Haft zurücknehmen.<sup>3</sup>

---

<sup>2</sup> Die wichtigsten MB-nahen syrischen Organisationen auf der deutschen Terrorismusliste sind Ahrar al-Sham (Die Freien Männer Syriens) und Liwa al-Tauhid (Monotheismus-Brigade).

<sup>3</sup> Es handelt sich heute um knapp 30 Männer, einige Dutzend Frauen und Kinder in dreistelliger Zahl.